

Am 13.



Die IG Metall Baden-Württemberg ruft in einem kurzen Film auf, zur Wahl zu gehen, zu sehen auf bw.igm.de

Zugegeben: Es gibt fesselnderen Stoff als Hunderte Seiten Wahlprogramm. Tatsächlich wird darin allerdings nicht weniger als die Zukunft Baden-Württembergs beschrieben. Der oft gehörte Vorwurf, die Parteien seien im Grunde austauschbar, entpuppt sich bei genauem Hinsehen als haltlos. Vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steht viel auf dem Spiel: Digitale Technologien verändern die Arbeitswelt grundlegend, Aus- und Weiterbildungen werden wichtiger denn je, zukunftssträchtige Wirtschaftsfelder bedürfen der Förderung – um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Diese Herausforderungen wollen die im Land-, beziehungsweise Bundestag vertretenen Parteien CDU, Grüne, SPD, FDP und Linke ganz unterschiedlich angehen – CDU und FDP sehen dabei laut ihren Wahlprogrammen so gut wie keine Mitwirkung von Gewerkschaften und Beschäftigten vor. Auch bei aus IG Metall-Sicht besonders wichtigen Themen wie dem Bildungszeitgesetz, Ausbildung und Studiengebühren, dem Mindestlohn, Werkverträgen und Leiharbeit sowie Plänen zur Digitalisierung gibt es große Unterschiede. Einen Überblick dazu liefert der folgende Text – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

AfD ist keine Alternative Die AfD ist aus diesem Vergleich bewusst ausgeschlossen: Ihre öffentlich geäußerten Ansichten zum

Demokratisch wählen!

Landtagswahl Am 13. März sind die Baden-Württemberger aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Wer das nicht tut, wird trotzdem regiert und stärkt womöglich extreme Parteien. Dabei lohnt es sich, zu wählen!



Eine ausführlichere Analyse der Wahlprogramme von CDU, Grünen, SPD, FDP und Linke hinsichtlich der für Beschäftigte relevanten Themen findet sich in den nächsten metallnachrichten. Diese werden ab dem 3. März 2016 verteilt.

Umgang mit Flüchtlingen sind menschenverachtend und nicht mit einer offenen und toleranten Gesellschaft vereinbar, für die die IG Metall steht. Das Flüchtlingsthema muss selbstverständlich bearbeitet werden, wird hier aber nicht aufgegriffen, da grundsätzliche Fragen des Asylrechts auf Bundesebene entschieden werden.

Bildung/Qualifizierung Das Thema Ausbildung ist allen Parteien im Land wichtig. Grüne und SPD beziehen explizit die Arbeitnehmer, beziehungsweise die Gewerkschaften ein. Die FDP hingegen will »das Angebot an zweijährigen Berufsausbildungen bedarfsgerecht erweitern« – ein Ansatz, den die IG Metall ablehnt. Beim Thema Studiengebühren halten Grüne, SPD und Linke an der Abschaffung fest. Auch die CDU sieht keine Wiedereinführung vor – hält Studiengebühren »nur im Verbund mit weiteren Ländern« aber für sinnvoll. Die FDP möchte Absolventen »in angemessener Höhe an der Hochschulfinanzierung beteiligen«. Uneinigkeit herrscht zudem beim Bildungszeitgesetz: Grüne, SPD und Linke wollen das Gesetz beibehalten, beziehungsweise erweitern. Die CDU plant die Einschränkung auf berufliche Weiterbildung, die FDP plädiert für Abschaffung. Begründung: »Der einzelne Mensch trägt die Verantwortung für die eigene Weiterbildung.«

Die IG Metall befürwortet das Bildungszeitgesetz ebenso wie gebührenfreies Studieren sowie zusätzliche Anstrengungen in der Aus- und Weiterbildung, die alle Parteien in die Pflicht nehmen.

März ist Landtagswahl Wählen gehen!

WER NICHT WÄHLT,
KRIEGT IRGENDWAS.

LANDTAGSWAHL
AM 13. MÄRZ
BADEN-WÜRTTEMBERG



Arbeit/Beschäftigung Grüne, SPD und Linke halten am Tariftreue- und Mindestlohngesetz fest, die Linken fordern perspektivisch für das »teure Baden-Württemberg 12 Euro Mindestlohn pro Stunde«. Die CDU hält die Dokumentationspflichten für »unverhältnismäßig«, die Subunternehmerhaftung sei »in der Praxis nicht durchführbar«. Die FDP will solche und weitere bürokratische »Zumutungen für die Wirtschaft abschaffen, beziehungsweise abmildern«. Beim Thema Werkverträge/Leiharbeit wollen Grüne, SPD und Linke weiter gegen Missbrauch vorgehen. In den Programmen von CDU und FDP bleibt das Thema unerwähnt.

Ebenfalls fast keine Rolle für beide Parteien spielen die Arbeitsgestaltung und Mitbestimmung im Zuge der zunehmenden Digitalisierung. Dagegen will die SPD die neue Arbeitswelt zum »Wohle der Menschen« und »im Dialog mit allen Beteiligten« gestalten. Die Grünen planen, Arbeitsrecht und Mitbestimmung an die veränderte Arbeitswelt anzupassen.

Die IG Metall kämpft gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit und für gute Arbeit – das geht nur gemeinsam mit den Beschäftigten.

Wirtschaft/Infrastruktur Grüne und SPD setzen auf eine dialog-orientierte Wirtschaftspolitik, die Arbeitnehmer beziehungsweise Gewerkschaften gleichberechtigt einbezieht. Dagegen will die FDP »Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gemeinsam mit der Wirtschaft sichern und weiterentwickeln«.

Die Bedeutung der Industrie sehen die Parteien stark unterschiedlich: Die SPD kündigt ein »umfassendes Maßnahmenpaket zur Industrieansiedlung und für mehr gesellschaftliche Akzeptanz der Industrie« an, die Linke will die Industriegesellschaft perspektivisch »sozial-ökologisch« umbauen. Für die CDU spielen der Straßenbau und ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept eine wichtige Rolle, die Grünen wollen den Südwesten gemeinsam mit der Automobilindustrie zum »internationalen Pionierland für nachhaltige Mobilität machen«.

Fazit Es lohnt sich, zu wählen! Auch wenn die aufgezeigten Beispiele nur einen kleinen Ausschnitt aus den Wahlprogrammen und Themen abbilden, sind die Unterschiede doch immens. Die IG Metall gibt als Einheitsgewerkschaft keine Wahlempfehlung ab. Es ist aber kein Geheimnis, dass die Gewerkschaften die aktuelle grün-roten Koalition positiv bewerten: Der Kita-Ausbau wurde massiv vorangetrieben und die Ganztags- als Regelschule verankert. Mit dem Bildungszeitgesetz, der Abschaffung der Studiengebühren sowie dem Mindestlohn- und Tariftreuegesetz wurden wichtige Entscheidungen zugunsten der Beschäftigten getroffen. An der dialogorientierten Wirtschaftspolitik waren Gewerkschaften dabei stets auf Augenhöhe beteiligt. Eine solche arbeitnehmerfreundliche Politik wünscht sich die IG Metall in Baden-Württemberg auch für die Zukunft.

Petra.Otte@igmetall.de

Rund um den 8. März: Aktionsmonat für Frauen

»Heute für morgen Zeichen setzen«, so lautet das Motto der IG Metall-Frauen zum Internationalen Frauentag am 8. März. Die Ortsfrauenausschüsse der IG Metall in Baden-Württemberg starten dazu zahlreiche Aktivitäten. Die Frauencafés in vielen Betrieben sind schon Tradition. Arbeitnehmerinnenempfang mit Kulturprogramm gibt es in zahlreichen IG Metall-Geschäftsstellen, etwa Friedrichshafen-Oberschwaben, Pforzheim oder Aalen/Schwäbisch Gmünd. In Schwäbisch Gmünd spricht am 12. März Christiane Benner, die Zweite Vorsitzende der IG Metall (Augustinus-Gemeindehaus). Der März ist auch Aktionsmonat für die Mitgliederwerbung unter Frauen – Motto »Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten«.

Schwerpunktmäßig werden diesmal Frauen in Bürotätigkeiten angesprochen. Im Rahmen der IG Metall-Organisationswahlen finden außerdem Frauenkonferenzen zur Wahl der neuen Ortsfrauenausschüsse statt. »Gerade junge Frauen erkennen dies als Gelegenheit, sich mit Kolleginnen darüber auszutauschen, wie sie ihre Arbeit in Betriebsrat oder Job erfolgreicher gestalten können«, sagt Monika Lersmacher, die bei der IG Metall Baden-Württemberg für die Frauenarbeit zuständig ist.

👉 wer-die-besten-will.de



Schwerbehindertenkonferenz am 17. März in Reutlingen

Die Digitalisierung der Industriearbeit steht im Mittelpunkt der Schwerbehindertenkonferenz der IG Metall Baden-Württemberg am 17. März in Reutlingen. Welche Chancen und Risiken ergeben sich daraus für Menschen mit Behinderung? Dieser zentralen Frage gehen zwei Experten vom Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation nach. Die weiteren Konferenzthemen reichen von der Gestaltung der neuen digitalen Arbeitsplätze über die Qualifizierung bis zu rechtlichen Möglichkeiten in der digitalen Welt. »Damit aus technischem Fortschritt auch ein Fortschritt für die Beschäftigten wird, müssen wir uns in die Gestaltung der Arbeitswelt einmischen«, sagt Monika Lersmacher vom IG Metall-Bezirk Baden-Württemberg. Anmeldungen bitte über die regionalen IG Metall-Geschäftsstellen.